

# Volksblatt

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Raumburg-Weißenfels-Zeitz, Torgau-Liebenwerda und die Mansfelder Kreise.

Telephon-Nr. 1047.

Redaktion und Expedition: Weißstraße 21, erster Hof hinteres rechts.

Telegraphen-Adresse: Volksblatt Halle.

Insertionsgebühren  
betragen für die gewöhnliche  
Rechnung oder für den Raum  
10 J. für die erste Zeile  
des ersten Abends  
10 Pf. für die zweite Zeile  
des ersten Abends  
10 Pf. für die dritte Zeile  
des ersten Abends  
10 Pf. für die vierte Zeile  
des ersten Abends  
10 Pf. für die fünfte Zeile  
des ersten Abends  
10 Pf. für die sechste Zeile  
des ersten Abends  
10 Pf. für die siebte Zeile  
des ersten Abends  
10 Pf. für die achte Zeile  
des ersten Abends  
10 Pf. für die neunte Zeile  
des ersten Abends  
10 Pf. für die zehnte Zeile  
des ersten Abends  
10 Pf. für die elfte Zeile  
des ersten Abends  
10 Pf. für die zwölfte Zeile  
des ersten Abends  
10 Pf. für die dreizehnte Zeile  
des ersten Abends  
10 Pf. für die vierzehnte Zeile  
des ersten Abends  
10 Pf. für die fünfzehnte Zeile  
des ersten Abends  
10 Pf. für die sechzehnte Zeile  
des ersten Abends  
10 Pf. für die siebzehnte Zeile  
des ersten Abends  
10 Pf. für die achtzehnte Zeile  
des ersten Abends  
10 Pf. für die neunzehnte Zeile  
des ersten Abends  
10 Pf. für die zwanzigste Zeile  
des ersten Abends  
10 Pf. für die einundzwanzigste Zeile  
des ersten Abends  
10 Pf. für die zweiundzwanzigste Zeile  
des ersten Abends  
10 Pf. für die dreiundzwanzigste Zeile  
des ersten Abends  
10 Pf. für die vierundzwanzigste Zeile  
des ersten Abends  
10 Pf. für die fünfundzwanzigste Zeile  
des ersten Abends  
10 Pf. für die sechsundzwanzigste Zeile  
des ersten Abends  
10 Pf. für die siebenundzwanzigste Zeile  
des ersten Abends  
10 Pf. für die achtundzwanzigste Zeile  
des ersten Abends  
10 Pf. für die neunundzwanzigste Zeile  
des ersten Abends  
10 Pf. für die hundertste Zeile  
des ersten Abends  
10 Pf. für die hundertste Zeile  
des zweiten Abends  
10 Pf. für die hundertste Zeile  
des dritten Abends  
10 Pf. für die hundertste Zeile  
des vierten Abends  
10 Pf. für die hundertste Zeile  
des fünften Abends  
10 Pf. für die hundertste Zeile  
des sechsten Abends  
10 Pf. für die hundertste Zeile  
des siebten Abends  
10 Pf. für die hundertste Zeile  
des achten Abends  
10 Pf. für die hundertste Zeile  
des neunten Abends  
10 Pf. für die hundertste Zeile  
des zehnten Abends  
10 Pf. für die hundertste Zeile  
des elften Abends  
10 Pf. für die hundertste Zeile  
des zwölften Abends  
10 Pf. für die hundertste Zeile  
des dreizehnten Abends  
10 Pf. für die hundertste Zeile  
des vierzehnten Abends  
10 Pf. für die hundertste Zeile  
des fünfzehnten Abends  
10 Pf. für die hundertste Zeile  
des sechzehnten Abends  
10 Pf. für die hundertste Zeile  
des siebzehnten Abends  
10 Pf. für die hundertste Zeile  
des achtzehnten Abends  
10 Pf. für die hundertste Zeile  
des neunzehnten Abends  
10 Pf. für die hundertste Zeile  
des zwanzigsten Abends  
10 Pf. für die hundertste Zeile  
des einundzwanzigsten Abends  
10 Pf. für die hundertste Zeile  
des zweiundzwanzigsten Abends  
10 Pf. für die hundertste Zeile  
des dreiundzwanzigsten Abends  
10 Pf. für die hundertste Zeile  
des vierundzwanzigsten Abends  
10 Pf. für die hundertste Zeile  
des fünfundzwanzigsten Abends  
10 Pf. für die hundertste Zeile  
des sechsundzwanzigsten Abends  
10 Pf. für die hundertste Zeile  
des siebenundzwanzigsten Abends  
10 Pf. für die hundertste Zeile  
des achtundzwanzigsten Abends  
10 Pf. für die hundertste Zeile  
des neunundzwanzigsten Abends  
10 Pf. für die hundertste Zeile  
des hundertsten Abends

Nr. 195.

Halle a. S., Sonntag den 22. August 1897.

8. Jahrg.

## Die Verteuerung des Lebensunterhalts.

I.  
L. Es giebt kaum Begriffe, deren Verständnis leichter erscheint, im ganzen wie im einzelnen, als billig und teuer: „was wenig Geld kostet, ist billig; was viel kostet, ist teuer.“ Damit ist es aber nicht abgethan.  
Reim Väder A. bekommt man für 50 Pf. fünf Pfund Brot, beim Väder B. sechs Pfund. Ist das Brot nun bei B. wirklich billiger? Doch nur bei gleicher Güte! Ist es minderwertig, wo möglich gar schlecht, so ist es teuer, viel zu teuer. Freilich auf der Freibrant erhält man für 40 Pf. fünf bis 60—70 Pf. Aber was für eine „Güte“ hat solch „billiges“ Getreide? Es ist schlechter, aber ganz schlecht, und daher teuer, sehr teuer. Wer billige Kleidungsstücke kauft, weiß, wie lange (oder vielmehr, wie wenig lange) sie halten, wie bald er sie erneuern muß. Und ihre vermeintliche Billigkeit wird ihm mit Recht fraglich erscheinen. Der englische Arbeiter lebt von „teurem“ Getreide als der deutsche; er hat aber etwas davon. Der Engländer sagt frischwürdig: Ich bin nicht reich genug, um billig zu kaufen.

Man klagt, der Lebensunterhalt werde immer teurer. Die Klage ist berechtigt, obwohl ihre Berechtigung wissenschaftlich nicht so leicht zu beweisen ist. Im ganzen ist das Leben teurer geworden, wenn auch manche Lebensbedürfnisse im Preise stehen geblieben, andere sogar billiger geworden sind.

Unter die unzweifelhaft teurer gewordenen Bedürfnisse ist zunächst die Miete zu rechnen. Eine Wohnung von sechs Zimmern kostete in Mittelstädten nachweislich 1840: 300 M. — 1860: 400 M. — 1874: 700 M. — jetzt: 900 M. In Großstädten ist die Miete vom Jahre 1850 bis 1875 um 12 Proz. und 25 Proz., in den ärmeren Stadtteilen um 35—100 Proz. gestiegen. Das erklärt sich durch den Zuzug nach gewissen Städten, der mehr Wohnungen erfordert, als gerade leer standen: bei der Unerschwinglichkeit einer Wohnung ist die unabweisbare Steigerung ebenso groß, als Zahlungsfähigkeit und Reizung des Wohnungsuchenden reichen. Die Verbilligung von Wohnungen in entlegeneren Stadtteilen oder Vororten ist nur scheinbar; sie wird durch den Beitrag, den die Verkehrsmittel (Tramway, elektrische Bahn, Danabau, Vorortzug) erschaffen, ausgeglichen.

Der Preis der Milch ist selbst in mildreichen Gegenden, wie die Schweiz, sehr in die Höhe gegangen, und zwar bei gleicher Güte. Der Liter kostete 6—8 Pf. bis in die 50er Jahre, stieg dann bis in die 60er auf 13—14 Pf.; in den 70er Jahren kostete er 18 Pfennige, und jetzt ist er noch teurer.

Gier folgten in deutschen Landstädten die Mandel 1850: 15—40 Pf., 1860: 25—60, 1870 45—100, 1880: 60 bis 100 Pfennige. Ein Pfund Butter kostete dort noch 1850: 25—40 Pf., 1860: 60—70, 1870: 100—120 Pf. Der Preis der Kartoffeln ist, von den Ernteschwankungen abgesehen, seit 1850 auf das Dreifache gestiegen. Nur der Preis des Brotes ist etwa derselbe geblieben, natürlich nur scheinbar, da die Güte wesentlich geringer geworden ist.  
Der Arbeitslohn für das Kleinmachen des Holzes betrug in kleinen Landstädten für die Kafter (2 Mann 1 1/2 Tage) 1850: 2 M. — 1860: 2 50 M. — 1870: 4 M. Der Gehaltslohn betrug sich in Weis 1850 auf 60 M., 1860 auf 63—75 M., 1870 auf 90 M., 1880 auf 100 M. Der Arbeiterlohn betrug 1850: 72 M., 1860: 180 M., 1870: 150 M., 1880: 180—200 M.

Überall also deutliche Steigerungen bei dem Preise der Lebensmittel und damit zusammenhängender Bedürfnisse. Der Preis von Kleingeldstücken, Schwämmen u. a. ist dagegen aus Teil fallen geblieben, zum Teil noch gestiegen.

Die Waren, deren wir bedürfen, scheiden sich nach zwei Gruppen: Güter, die wir vorzugsweise der Natur verdanken, und solche, die mehr durch die Entwidlung der Kultur geschaffen werden.

Die ersteren sind desto wohlfeiler, als die Natur freigiebig, und die Zahl der genießenden Menschen gering ist. Die letzteren werden vorzugsweise durch die sich im Laufe der Geschichte entwickelnden Fähigkeiten, Kenntnisse, Fertigkeiten, oder mit einem Wort durch die menschliche Kultur erzeugt; sie werden in dem Maße wohlfeiler, als diese Kultur gelernt hat, sich der Mittel zu bedienen, durch welche man mit möglichst geringer Mühe (also auch mit möglichst geringen Kosten) diejenigen Leistungen hervorbringen kann, welche zu den Rohstoffen, die wir der Natur entlocken, hinzuzurechnen müssen, um die mannigfaltigen menschlichen Bedürfnisse zu befriedigen. Die Rohstoffe aus der Hand der Natur nehmen ab, oder werden doch nur mit größeren Kosten für einen größeren Umfang des Bedürfnisses hergestellt. Die Leistungen der Industrie und des Handels, insbesondere der Verbesserungsanstalten, nehmen zu. Sie werden, da die technischen

Erfindungen stetig sich steigern, derart vervollkommen, daß sie die früheren Erfolge mit niedrigeren Kosten, oder größere Erfolge mit gleichbleibenden Kosten erzielen.

Dieser beiden Richtungen der Erzeugung von Naturprodukten und von Kunstprodukten aus Rohprodukten stehen im Widerspruch: die Herstellung der Rohstoffe ist eben jetzt Aufgabe der menschlichen Kultur, wie die Umformung derselben zu Kunstprodukten. So wird die Erzeugung der Rohstoffe und des Betriebes ebensowohl von den sich entwickelnden Fortschritten der Technik beeinflusst, wie die Umgestaltung dieser Rohstoffe zu Gewinnen und Wärs. In der Landwirtschaft tritt daher, wie in der Industrie, das Element der Kultur in Kampf mit der zunehmenden Karohheit der Natur, und zu Zeiten wird dieser Kampf mit so großem Erfolge geführt, daß man an einer Abnahme der Naturgaben fast zweifeln möchte. Die Preisbewegung eines Lebensmittels geht stets aus dem Zusammenwirken jener beiden gegenwärtig wirkenden Kräfte hervor.

Das gegenwärtige Kulturmittel der Gegenwart sind die technischen Verbesserungsmittel des Transports von Menschen und Sachen, und neue Maschinen entlocken dem Boden ein gesteigertes Maß von Früchten trotz geringerer Kosten; das gleiche die Abnahme der Naturgaben in etwas an. Dazu kommt die Befriedigung neuer jugendlicher Erdteile, und als Folge eine unerschöpfliche Fülle von Rohstoffen, welche der Alten Welt zuführen und die einschneidenden Erzeugnisse von Weltmarkt verdrängen.

Australien lieferte 1840 an Großbritannien 10 Millionen Bund Schafwolle, 1875 225 Bnd., 1890 500 Bnd. — Siamafrika und Indien 1840 39 M. Bnd., 1875 60 M. Bnd., 1890 110 M. Bnd. Früher verbrauchte Großbritannien diese Einfuhr fast allein, jetzt exportiert es von der Einfuhrmenge 144—200 Millionen Bund. Früher führte Großbritannien jährlich 9 Millionen Zentner Weizen ein, jetzt 47 bis 70. Nordamerika lieferte 1840 nur 3 Millionen Zentner, 1870 20, 1890 40 Millionen Zentner.  
So konnte der Preis des Weizens in London bei 1840 wesentlich fallen, der Preis des Roggens in Berlin der selbe bleiben, oder erheblich fallen. (Fortf. folgt.)

## Tagesgeschichte.

**Miquel, der Anarchist.** Der wilsontenarische Prof. Hüpeden erinnert daran, daß Herr v. Miquel, der neuerdings Herr v. Stumm in dessen Jagdschlößchen Stollitz besuchte hat, noch vor wenigen Jahren von jenem Herrn von Stumm zu den Unmütigen und Anarchisten gerechnet worden ist. Hüpeden erzählt:

Es war am 17. Mai 1890, an einem Sonntagabend, als gelegentlich der ersten Beratung des Arbeiterverschlusses im Reichstage der damalige Abgeordnete Dr. Miquel dort anwesend war. Die Fragestellung in der einen oder anderen Form an die Frage der Arbeiterorganisation herantreten mußte, und daher wurde er am Montag, den 19. Mai, von Herrn v. Stumm als Theoretiker und Vortragsredner, von dessen Beirathungen an Umfahrungen der bestehenden Ordnung und Einführung der Anarchie hinarbeiten. Das war vor neuen Jahren. Seitdem hat Herr v. Stumm das Vieh alljährlich mit geringen Variationen wiederholt so zum Ausdruck. Immerhin dürfte die „Republik“ gerade dieser beiden Namen, zumal unter den heutigen Verhältnissen, nicht ohne besonderes Interesse sein.

Ein Baurenauwachen organisiert wollen, dann den Vorwurf erhalten, er wolle die Anarchie einführen, dann Minister werden und zuletzt in Freundschaft Herrn v. Stumm besuchen — o Baurennen des Lebens!

**Der „milde“ Vater Staat.** Der preussische Finanzminister hat Anweisung erteilt, es möge in den Uebernahmungsgebieten bei Einführung der Steuererhöhdung von den durch die Finanzen Geschädigten eine „möglichst milde Provis“ befristet werden. Also weiter kann sich der Vater Staat nicht aufpassen, als daß er den Unglücklichen „möglichst mild“ die Steuererhöhdung aus der Tasche zieht!

**Der Norddeutsche Kanal** rentiert sich bei weitem nicht so, wie angenommen worden ist. Statt der erwarteten 4 125 000 M. jährlicher Einnahmen sind im ersten Jahre nur 897 451 M., im zweiten 1 086 452 M. vereinnahmt worden. Die Zahl der den Kanal benutzenden Schiffe (jährlich mindestens 18 000) ist zwar sogar überschritten worden, aber die Größe ihres Raummagazins ist um 72 Proz. hinter dem Voranschlag zurückgeblieben. Größere Dampfer bleiben dem Kanal wegen der hohen Durchfahrtskosten meist fern. Es ist traurig, daß infolge der kapitalistischen Ordnung auch solche Kulturunternehmen nur durch die Brille der Rentabilität betrachtet werden müssen.

**Die mehr als selbsthafte Dreistigkeit**, mit welcher der bekannte Schweidener ein ausländisches Geschäft betreibt, im Dienste des Zentralverbandes deutscher Industrieller für 12 000 M. jährlich die deutsche Arbeiterschaft anzuschwärzen, zeigt sich wieder in einem Artikel, den der neuerliche Feld der Feder loben in seinen Berl. Pol. Nachr. veröffentlicht. Es heißt da:

„Wenn von einigen Blättern, die am liebsten in jeder Kabrif

einen staatlichen Aufsichtsbeamten rationiert leben möchten, neuerdings wieder gemündigt wird, daß die Gewerbetriebe, Inspektoren u. i. w. angezogen werden möchten sich wegen der Auseinandersetzungen über Vorgänge in den Fabriken, die den Arbeitern Anstoß zur Schwärze geben haben, mit den Arbeiterorganisationen in Verbindung zu setzen und nicht mit den in Betracht kommenden Arbeitern selbst, so ist es zweifellos, daß diesem Bündnis eine Verdrängung nicht zu teil werden kann. Es ist eine alltägliche Erfahrung, daß die Inspektoren die doch in solchen Organisationen das große Wort führen, gar nicht im Stande sind, irgend ein Verkommen zu sein, bei dem ein Arbeiter sich geschädigt glaubt, auch nur einigermaßen objektiv zu betrachten und einer dritten Seite darzustellen. Die Inspektoren sind viel zu sehr in den Kreis gewisser Anschauungen eingekerkert, um dies zu können. Man würde auch auf der Seite der Regierungsdirektoren zu einer modernen Beurteilung der Thatsachen nicht gelangen können. Was aber noch mehr gegen einen solchen Vorschlag spricht, ist der Umstand, daß die Inspektion der staatlichen Gewerbe-Aufsichtsbeamten sich mit dem Einsetzen auf viele Jahre der Autorität entziehen würde, welche sie gegenüber den Arbeitern teilweise schon besitzt, teilweise noch anstrebt. Der Arbeiter soll Vertrauen in den Aufsichtsbeamten haben und der Arbeiter kann es auch, weil der Beamte ihm auf Grund der Gelege und Verwaltungsmassnahmen zu seinem Rechte verhilft. Darüber hinausgehenden Anforderungen wird der Beamte natürlich nicht erwidern können. Man würde die Inspektoren haben das größte Interesse daran, daß die Arbeiter das Vertrauen nicht gewinnen, weil diese sonst bald merken würden, daß sie für die Agitation geeigneter Gelehrter ausgeben. Deshalb hängen die Inspektoren auch immer von neuem gegen den Staat und seine Beamten. Rummel noch die Elemente als Vermittlungsstelle anzunehmen, käme doch geradezu eine Beförderung der Verheerung gleich. Die Rationalität der genannten Behörden, dergleichen Vorwürfen entgegen zu den Regierungern zu stellen, ist wirklich groß.“

Die neueste Schwenburgeri wird bei den fähigen Mitglidern des deutschen Gewerbe- und Fabrikinspektors ihren Grund nicht erreichen, denn diese wissen, daß gerade die Arbeiterorganisationen die geeigneten Stellen sind, um Kenntnisse über die Zustände in den Betrieben zu erlangen. Die Fabrikinspektoren sind wegen ihrer geringen Zahl nicht in der Lage, die Betriebe fortgesetzt zu inspizieren, deshalb können ihnen Mittelungen über Verhältnisse gegen die Arbeiterschutzbestimmungen, vorgezogen von den Arbeiterorganisationen, nur ermunternd sein, sofern sie ihr Amt nicht als eine Sinecure betrachten.

**Volkskain** rein steht der Oberst Freiherr v. Gynatten da, der vor kurzen ein Bürgermeister und die Einwohnerlichkeit von Barm in Schach schmer belidete, und sodann eine öffentliche Arbeit leitete. Er hat das Kommando über das Infanterieregiment Nr. 137 wieder übernommen. Die Volkskain ist nicht für ihn ohne deutliche Folgen geblieben.

**Die dreitägige Quarantäne** für russisches Geflügel, welche durch die besorgnisvolle Androhung von 16. August für Ostpreußen verhängt worden war, ist durch den Regierungsdirektoren wieder aufgehoben worden. Die Verordnung wurde erlassen auf Drängen der Agrarier, weil im Ausland die Geflügel-Cholera ausgebrochen sein sollte. Das ist aber gar nicht wahr gemw.

**Das hat wohl** Die D. Tagesz., das Hauptorgan des Landes der Landwirte, konstatiert, daß die Jarno Nachr. als anerkanntes Biernachricht, das höchst abtollige Urteil Biernards über die heutigen Konventionen (Nr. 194 des Volksbl.) ohne Kommentar nachdrucken. O der Schmerz!

**Unglücksfälle bei der Kriegsmarine** werden wieder gemeldet. So berichtet eine Depesche: Der Kreuzer „Gazeta“ mit der Topdeputat-Passiere „Trascha“, welche getrieben nach dem Sullen Ozean in See gegangen waren, kehrten heute nach Plymouth zurück, beide in beschädigtem Zustande; man glaubt, daß sie im Kanal einen Zusammenstoß gehabt haben.

**Internationale Abmachungen gegen die Anarchisten.** Wie die Köln. Ztg. aus Madrid meldet, ist der Vorschlag der spanischen Regierung, internationale Maßregeln gegen die Anarchisten zu treffen, bis jetzt von Italien, Dänemark, England und Deutschland nicht angenommen worden. Frankreich hat noch nicht geantwortet. England äußert sich nicht wahrscheinlich ablehnend, ebenso die Schweiz und die Vereinigten Staaten. Der Hauptvorsitzende Simeons geht dahin, eine Statifikation zu gründen, wo die gefährlichsten Anarchisten, denen kein Staat mehr Asylrecht gewähren wolle, lebenslanglich festgehalten werden sollen.

Wer meint, daß derartige Abmachungen Attentate verhindern können, der hat ein Anrecht auf lebenslange Pension in einem Asyl für Schwachsinnige erworben. Uebriqens sind derartige Verträge ohne parlamentarische Genehmigung nicht möglich. Wie der Freil. Ztg. des Abg. Eugen Richter urteilt, werden über den Freil. Ztg. des Abg. Eugen Richter urteilt, werden über den Freil. Ztg. des Abg.

Der hier illustrierte Gedanke, eine gemeinsame internationale Strafkolonie für die Anarchisten aller Nationen zu begründen, scheint uns ebenfalls abenteuerlich, als der Versuch, jeden Anarchisten, den die Polizei für gefährlich erachtet, lebenslanglich festzuhalten. Zudem ist der Gedanke der Strafkolonie ebenso einer beliebigen Auslegung fähig wie der Versuch, einen Anarchisten. Vor einer ernsthaften Prüfung solcher Vorschläge







## Das arbeiterfreundliche Unternehmertum.

Wir sind doch nicht dazu da, für unsere Arbeiter mehr zu thun, als ihnen eines uns angemessen erscheinenden Lohn zu zahlen und die Vortheile des Betriebes zu erheben — uns liegt in erster Linie die Aufbarmachung des uns anvertrauten Kapitals ob. Der Arbeiter ist für uns ein Mittel, nicht ein Zweck, nicht ein Nebenprodukt, nicht ein Hindernis oder etwa dem Bürgermeister Hingebrot.

**Golbene Worte dies!** In — man möchte fast sagen — klassischer Sprache wird hier ausgeplaudert, was es mit der vielgerühmten Arbeiterfreundlichkeit des Unternehmertums auf sich hat. Unverküfft wird es ausgesprochen, daß das ganze Denken und Trachten der Industriellen und ihrer gut bezahlten Oberarbeiter der elenkesten Profitmacherei gewidmet ist, daß einzig und allein der Profit die Richtschnur ihres Handelns bildet. Arbeiterfreundlichkeit hin, Arbeiterfreundlichkeit her, was kümmert das Unternehmertum Recht und Gerechtigkeit, was Sittlichkeit und Ordnung — der Profit ist sein Gott, vor dem es wohnschauernd auf die Knie sinkt, auf dessen Altären es mit Freuden jede menschliche Neigung opfert; das aus dem Schwelge hungernder Arbeiter gemünzte, blühende Gold ist es, an das es denkt den ganzen Tag und nachts in Träumen. Nur mit Freuden ist es zu begreifen, daß den Arbeitern von durchaus kompetenter und glaubwürdiger Seite einmal gesagt wird, was ist; daß sich das Unternehmertum in seiner ganzen Fäählichkeit zeigt. Wenn auch nicht in dem Maße wie vor 20 bis 30 Jahren oder noch früher, so ist doch auch gegenwärtig noch in Arbeiterkreisen vielfach der törichte Glaube verbreitet, daß die Unternehmer die Arbeiter nur beschäftigen, um ihnen Arbeit, den Lebensunterhalt zu gewähren, daß es aus selbstloser, christlicher Nächstenliebe geschieht, wenn sie ihre Fabrikthore den herbeiströmenden Arbeiterjahren öffnen. Und nun kommt ein in der Geheimnisse der Arbeiterwelt Eingeweihter und erzählt mit der harmlosesten Miene von der Welt, daß die Arbeiter den Herren Unternehmern nichts sind als das Mittel, hohe Profite zu erzielen, nichts sind als Ausbeutungsgesetze! Die Aufbarmachung des Kapitals, das ist das oberste Geheiß der Kapitalisten.

Die eingangs zitierten Worte rühren nicht etwa von einem Sozialdemokraten her, sondern der Profuturist der Norddeutschen Wollmanufaktur und Kammergarnmanufaktur in Delmenhorst, ein Herr Deesjen, hat sie in einem Berichtsfatler der gut bürgerlichen Osnabrücker Nachrichten für Stadt und Land gegenüber gedruckt. In Delmenhorst streiten, wie erinnerlich, gegen 3000 Arbeiter und Arbeiterinnen, weil ihnen, der uns angemessen erscheinende Lohn zu gering war, um dafür weiter arbeiten zu können. Der Arbeiterfreund Herr Deesjen ist darüber höchst ungeduldet, denn der Streik macht durch die Aufbarmachung des uns anvertrauten Kapitals einen gar keinen Strich und deshalb wünscht er von ganzem Herzen, daß mit Hilfe des Polizeikommissars den Arbeitern Hantou beigebracht werde. Hat es doch nach ihm, sagt den Nachrichten, als habe die Polizei die Führung des Streiks. Wenn der Herr Amtsanwaltmann ein paar Krackeler einsparen wollte, dann würde den übrigen schon die Jückersticht verzeihen.

Das ist doch stark. Arbeiter, die weiter nichts verbrochen haben, als daß sie betriebs sind, auf legalem Wege eine Besserung ihres Lohnes herbeizuführen, werden unverschämter als „Krautler“ bezeichnet und an die Verbörde das Ansuchen gestellt, einige von ihnen, auch wenn sie nicht das mindeste sich haben zu schulden kommen lassen, einzusperrn! „Mitternachts-Ordnung“ herrscht in Delmenhorst, wie der erwähnte Berichtsfatler meint; gegen der „strengen Instruktion“ vermeiden die Streikpolizei „alle Unberuhigungsmittel“; die Polizei hat bis jetzt keinerlei Veranlassung gehabt, einzuschreiten — aber trotz alledem haben es wackelige Unternehmern gem, wenn „ein paar Krautler“ eingesperrt würden, damit den übrigen die Jückersticht verzeigt und sie bedingungslos in Kette fruchen. Hieran geht lediglich das Bestreben der Direktion, genanntes Unternehmen hinaus. Würde doch sogar der Bürgermeister von Delmenhorst, Herr Wilmshof, vor einigen den Parteien vermitteln wollte, schüchtern abgelehnt. Wiederholt kommt die Direktion der Norddeutschen Wollmanufaktur und Kammergarnmanufaktur noch auf den genialen Gedanken, sämtliche streikenden Arbeiter und Arbeiterinnen wegen — großen Unfugs — belassen zu lassen. Man es denn in unerschöpflichen Kapitalisten größeren Unfug geben, als sich der Aufbarmachung des Kapitals zu widersetzen?

Wider Recht und Gesetz soll die Polizei gegen Arbeiter einschreiten, sie ihrer Freiheit berauben, und das alles im Interesse der Aufbarmachung des Kapitals!

Der Staat mit seinen gewaltigen Machtmitteln, die Gesetzgebung, die Gerichte, alle Verbörden und Beamten nur eine Aufgabe — sie sollen dafür sorgen, daß die Kapitalisten nicht geküßt werden in der Aufbarmachung des Kapitals.

Mag das Gesetz mit Füßen getreten werden, mögen Tugenden von Arbeitern dienlich zu Grunde gehen, wenn nur der Profit nicht geküßt wird, wenn nur die Aufbarmachung des Kapitals nie Unterbrechung erleidet!

Hütnahe, eine göttliche Belohnung!

## Deutsche Kolonialhelden.

Die deutsche Kolonialpolitik erhebt uns Cronmama-land in Westafrika ein Schreiben, worin u. a. folgende Heldenthaten zweier Leut. v. Westphalen-Petersfelder geschildert werden:

In der Nacht vom 27. zum 28. Mai d. J. wurde der als Begleiter des Regierungsbauernführers Rehböck das Schutzgebiet betreffende Kulturtechniker Wattermeyer von dem Sergeanten v. Westphalen der kaiserlichen Schutztruppe durch Messerschneiden in Schulter und Brust lebensgefährlich verletzt.

Die Herren Rehböck und Wattermeyer, die im Hause von Seibel u. Wöhle in Kettmanslopp Quartier genommen hatten, lagen in tiefem Schlaf, als Herr Wattermeyer um 1 Uhr nachts durch Rärm vor seinem Fenster geweckt wurde. Zwei ansehende bärtige Soldaten begehrten Einlass in das Haus und genossen ihn nachher auch durch eine zufällig geöffnete Thür, wo sie die in der Nähe schlafende, ihnen entgegenkommende Haushälterin in unfähigster Weise bedrohten. Auf die Hilfen der Haushälterin eilte Herr Wattermeyer herbei und verwies den beiden Unvorsichtigen ihr Betragen, erhielt aber von dem einen derselben dem Sergeanten v. Westphalen ins Gesicht und ward bei dem nun entstehenden Handgemenge sowohl der Wattermeyer, wie den ihm zu Hilfe eilenden Feldwebel Ginge zu Boden, stieß auch den wiederholt auf ihn einströmenden v. Westphalen wieder zurück.

Herr Baumeister Rehböck, der fest schlief und von alledem nichts wahrnahm, wurde von der Haushälterin geweckt, doch riefen sich bei seinem Erheben die Kämpfenden bereit. Als aber Rehböck und Wattermeyer das Haus wieder betreten hatten und in der Zimmerstube standen, kamen ihnen die beiden Unvorsichtigen nach und Wattermeyer Herr Wattermeyer in arglistiger Weise unvermerkt zwei Messerfische, von denen der erste die Schulter traf und ungefährlich war, während der zweite Stuch die Brust durchbohrte und eine 12 Zentim. lange laßende Wunde erzeugte. Glücklicherweise war der Wittermeyer Dr. Schöpffwiel noch wenigen Minuten zur Stelle und konnte feststellen, daß die Wunde nicht verlegt war. Die Wunde wurde mit etwa 40 Nadeln vernäht und Wattermeyer, der am anderen Morgen mit Herrn Rehböck die Reise nach dem Drangstein antreten sollte, mußte ein lange dauerndes Krankenlager aufnehmen.

Der Sergeant v. Westphalen ist als Messerschneid bekannt und gefürchtet, so daß er geradezu der Scharren von Kettmanslopp genannt werden konnte. Bei dem geringsten Streik mit einer Zivil- oder Militärperson griff er zum Messer, blieb aber trotzdem, weil er tüchtig im Dienste war, nicht seine Messerschneiderei ernsthafte Folgen noch nicht gehabt hatten. (Großartig, einfach großartig!) Am nächsten Tage wurde er seltenerweise nicht sofort verhaftet, obgleich die Anklage gegen ihn bereits eine Stunde später dem Distriktsgefängnis gemeldet worden war. So hatte Herr v. Westphalen, nochmals mit einem Messer bedroht ausgezogen, und hätte jetzt weiteres Unheil anrichten können.

Auf Anträgen des Zivilbeiständers, Herrn Dr. Hollnelli, wurde v. Westphalen um 10 Uhr vormittags in Haft genommen. Dem energischen Eingreifen des Herrn Hollnelli ist es auch zu verdanken, daß der Vorgang, wie er hier geschildert ist, ohne Rückfahrmache klargestellt wurde. Inzwischen sind nun Sergeant v. Westphalen und Feldwebel Ginge nach Windhof transportiert worden.

Was mit dem hinterlistigen Messerschneid, der ein Schrecken der Kolonie war, weiter geschehen ist, darüber verläutet nicht nichts. Nun, der Chef des Kolonialamtes, v. Richthofen, wird ja im Reichstag Gelegenheit bekommen, sich darüber auszulassen.

## Bericht über die parlamentarische Thätigkeit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion.

10. November 1896 bis 25. Juni 1897.

Da der Reichstag im vorigen Jahre nur verlag, nicht geschlossen worden war, so blieben nach dem Wiederzusammentritt sämtliche von der sozialdemokratischen Fraktion gestellten, noch nicht erledigten Anträge in Kraft. Wir dürfen wohl davon absehen, sie an dieser Stelle zu wiederholen, nachdem wir sie im vorigen Bericht (S. 60) bereits protokolliert (S. 47) ausführlich wiedergegeben haben.

Es ist jedoch irgend eine unserer Forderungen nach dem üblichen parlamentarischen Geschäftsgange zur Beratung kam, hatte die Fraktion Gelegenheit, ein der reichstäglichen Verhandlungen der Arbeiter, noch dazu in ihren denkbar feindlichsten Betreibungen, durch eine Interpretation zu Grunde zu bringen.

Bekanntlich hatte der Reichstag am 24. Juni d. J. durch seine Wahltrierer die Arbeiter in der Verleumdung ihrer Interessen nach Kräften von dem gebliebenen parlamentarischen Wege abdrängen versucht, so gleich bei zu einem Schloge an ein die Sozialdemokratie ausgeht, die bereits vom Bürgerum so oft als notwendiger Bestandteil einer freibüchigen, sozialistischen Sozialreform erachtet und empfohlen worden waren.

Nun ist in Parteienkreisen am weitesten die mitunter bei so offenen Befassung geführte Abneigung des alten orthodoxen Sozialismus gegenüber den Schutze-Praktiken Veränderungen längst erloschen. Es geht von den in der Sozialdemokratie der Partei gehende befehl worden ist, daß ebene Ungehörig verbindet nicht, daß abnorme Preisverhöhungen der notwendigen Lebens- und Genussmittel, etwa durch Hölle und Steuern, die Arbeiterklasse in ihrer Lebensführung dauernd zurückbringen können, so gut hat man auf der anderen Seite auch erachtet, daß Preisverhöhungen der Konsumwaren durchaus nicht mit der unabänderlichen Gewalt eines Fatums in Zusammenhang anzuhalten brauchen, sondern daß sie vielmehr für die Arbeiterklasse die Möglichkeit einer reichlicheren und besseren Lebensweise schaffen, wenn auch innerlich nicht minder eager Verlesen. Aber bei reichlichen Verleumdungen der Konsumwaren durchaus nicht mit der unabänderlichen Gewalt eines Fatums in Zusammenhang anzuhalten brauchen, sondern daß sie vielmehr für die Arbeiterklasse die Möglichkeit einer reichlicheren und besseren Lebensweise schaffen, wenn auch innerlich nicht minder eager Verlesen. Aber bei reichlichen Verleumdungen der Konsumwaren durchaus nicht mit der unabänderlichen Gewalt eines Fatums in Zusammenhang anzuhalten brauchen, sondern daß sie vielmehr für die Arbeiterklasse die Möglichkeit einer reichlicheren und besseren Lebensweise schaffen, wenn auch innerlich nicht minder eager Verlesen.

Aber so hoch man die Bedeutung für die Erhaltung des Sozialismus heute schon veranschlagt mag, sozialdemokratische Parteieinzuschlingen sind sie nicht und werden nie werden sein. Wie weit sich Sozialdemokratie bilden und am Leben halten können, hängt nicht von der Stärke und dem Reichtum ihrer Parteimitglieder, sondern einfach davon ab, wie verbreitet und wie ausgeprägt das Bedürfnis nach Schutz vor der üblichen Kleinhandelsausbeutung ist. Nicht die Stellung in der Partei, sondern gesellschaftliche Erfahrung und Fähigkeit entscheiden über die Zustimmung der Partei, Mitglieder wie Verbände oft genug Sozial-

demokraten, vielfach fast ausschließlich Sozialdemokraten sein — genau so, wie Offiziers- und Beamten-Vereine gewöhnlich konfessionelle Verbände aufweisen werden, ohne darum konfessionelle Parteigründungen zu sein. Andererseits fällt der sozialdemokratische Markt in einer Linie mit der Linie der Sozialdemokraten Arbeiterfreier auf auf jedem Gebiete gegen die heimische politische Niedertracht des Konkurrenzneides und gegen beherrschende Unbequemlichkeiten. Wo fänden die Arbeiter-Verleumdungen denn auch außerhalb der Sozialdemokratie eine öffentliche Betreibung, so nicht ihrer friedlichen und wenn man will: konfessionellen Betreibungen?

Als daher der sächsische Landtag in einem Antrag eine „prägnante gewerbliche Steuer“ verlangte hätte für alle Gewerbetreibenden und Wirtschaftsgenossenschaften, die in Sächsen „Einkommen“ durch Beschäftigungsgewinne und ähnliche für den täglichen Gebrauch dienende Artikel“ verkaufen, als eine Reihe sächsischer Gemeinden die Einführung einer tranquillierenden Unschäfer be-lassen und zu diesem unerschönten Vorgehen durch Urfache höherer Behörden Sozials, gerade herausgeschoben wurden, da verurteilte die Fraktion die Reichsregierung zu einer klaren Stellungnahme zu der Frage zu veranlassen: Was denkt der Reichsminister gegen diese Maßnahmen zu thun, die eine Verletzung des § 7 Ziffer 6 der Reichs-Vereinerordnung und einen Verstoß gegen Artikel II der Reichs-Verfassung enthalten und in Widerspruch mit dem in dem Gewerbe- und Wirtschaftsgenossenschaften vom 11. Mai 1889 liehen?

Die Reichsliste war, wie der Referent hervorhob, eine ganz flache. Die Reichs-Vereinerordnung vertritt bekanntlich, alle Aufgaben für die Betriebe des Gewerbetreibenden durch die Arbeiter und die Gemeinden zu entrichtenden „Gewerbesteuer“. Man mag der sächsische Bundesratsvertreter ja glauben, daß es zulässig ist, ein bestimmtes Gewerbe mit einer Gewerbesteuer, etwa die Hälfte von der Einkommensteuer, zu belegen, diese Steuer nach dem veränderlichen Betriebsvermögen und seinen Kosten anzusetzen, auf jeden Fall nicht aber alle Betriebe derselben Stufe gleich zu stellen; die in der Gewerbeordnung verbürgte freie Konkurrenz, die Grundätze unseres Handelsrechts verbieten es, unter zwei gleich großen Konkurrenzern den einen sächsischer zu belegen, weil er nicht in ein sächsisches Gebiet, ein Staatsgebiet eintritt, während ein Arienegierungsgebiet oder ein Genossenschaft ist. Weiter muß selbst Herr Fischer aus dem sächsischen Ministerium des Innern — ohne weiteres zugeben, daß, wenn man auf die Konkurrenz, die unter dieses Gesetz fallen, eine so grobenteilte Steuer, welche die Einkommensteuer legen wollte, ein solches sächsisches Gewerbe geradezu unmöglich machen würde, dies zwar nicht dem Wort, aber wohl dem Geiste des Reichsgesetzes widersprechen würde; darüber ist gar kein Zweifel.“ Nun zahlten 148 sächsische Konkurrenzvereine, die am 4. Oktober 1896 in Dresden durch Vertreter von 2000 Gewerbetreibenden, bereits an Staats-einkommensteuer pro Jahr rund 81000 M., an Gemeindefleuten rund 109000 M., an Gewerbesteuern 7000 M., an Beiträgen zu Handels- und Gewerbevereinen 1500 M., an Schanksteuer 3225 M., im ganzen 189000 M. Seit man diesen Steuerlag in Vergleich zu dem Einkommen der rund drei Millionen an Staats-einkommensteuer der Konkurrenzvereine 6 Prozent ihres Einkommens, d. h. ihres Vermögens an Staats- und Gemeindefleuten, das ist genau daselbe, was in Sachsen ein Mann von 10 bis 100000 M. Einkommen alljährlich auch zu bezahlen hat. Weiter gab unter Anderem folgende Berechnung und Kritik der Wirkung der geplanten Unschäfer:

Stellen wir einmal bei dem niedrigsten Satz der Unschäfer, den man in Sachsen beschließen darf (2 Prozent), und verzeigewichtigen, was das bedeutet. Nehmen wir an: wir haben eine Konkurrenzverein, von welchem sich im Jahre 1896 die sich 100000 Mark Kapital erparb haben; der Konkurrenzverein ist mit Hilfe dieses Kapitals einen Warenvorrat von 150000 Mark per Jahr; das ist, da die Werte ihrer ganzen Arbeit an Lebensbedürfnissen im Konkurrenzern kaufen, und außerdem die Beschäftigung einseitig ist, ein auch nicht unbedeutend wichtiges Element — wohl annehmen. Zwei Prozent der Unschäfer sind also 3000 Mark Steuer. M. S., nehmen Sie dies Gewerbesteuer für die Gründung des Gewerbes als Maßstab für die Steuer, so werden im ersten Jahre drei Prozent des ganzen Lohnes erparbten Steuern abgeben. Wenn man nun die Unschäfer aufgeschafft. (Hört! hört! links.) 3000 M. Steuern von 100000 Mark Gewerbesteuer, die die Vermittler der Arnen aufgebracht haben, — das ist wahrhaftig ärztlich, meine Herren! Nehmen wir aber den Gewinn als Maßstab an, legen wir den Fall, daß der gewerbesteuer Gewinn des Gewerbetreibenden sich im Jahre 10 Prozent des Umsatzes, auf 15000 M. befreit — das trifft natürlich an. Ja, habe hier die Statistik der 149 Konkurrenzvereine, die eine Kapitalvergabe von 118000 Köpfen hatten und einen Jahresumsatz von 28 Millionen erzielten, zu dem noch ein Umlauf mit dem Umlauf des Jahres in Betracht zu ziehen, so ergibt sich, daß die Konkurrenzvereine auf 31 Millionen Mark. Auf ein Umlauf entfiel eine durchschnittliche Dividende von rund 3096000 M. — oder 10 Prozent, so daß auf den Kopf jedes Mitarbeiters der Konkurrenzvereine durchschnittlich 26 Mark pro Jahr kamen.

Wenn man diesen Betrag durch die durch die Konkurrenzvereine im Jahre 10 Prozent zu erheben. Aber die sächsische Regierung willigt ein, daß ohne Rücksicht auf die Höhe des Einkommens, und sei es das kleinste Vermögen, eine Konkurrenzvereine von mindestens 30 Prozent erhoben werden. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Nehmen wir also eine Summe von 15000 M. Gewinn an die in dem gewachten Verein mit 150000 M. Umlauf gemacht werden. Neben 2 Prozent Unschäfer beträgt, so werden 3000 M. vom Einkommen durch die Unschäfer verzeigt. Das ist ein zehnteiliges Prozent. Ein zehnteiliges Prozent, das ein Viertel des Gewinns d. h. ein anderer Steuerertrag, die er ebenfalls an Staat und Gemeinden zu entrichten hat. (Hört! hört! links.)

Wie Sozialdemokraten haben uns in unsem letzten Jahren in Bezug auf Steuererträge nur dazu begnügt, erst die Gewerbesteuer zu erhöhen, und in der zweiten Kammer der Antrag gestellt wurde, die großen Einkommen von mehr als 100000 Mark per Jahr mindestens mit 6 Prozent zu belegen, erklärte die Mehrheit, das sei nahezu eine Konfiskation des Einkommens; nur dieses verange, ist schämmer als die Sozialdemokraten. Also 4 Prozent, die in Sachsen ein Mann von 500000 Mark besitzt, was in irgend einem deutschen Staat von dem größten Einkommen erhoben wird. Aber, M. S., hier schlägt man fallen dieses eine Steuer vor, die 20 Prozent des Einkommens beträgt, die wenn man 3 Prozent Unschäfer erheben würde, auf 30 Prozent wachst und bei 5 Prozent auf 50 Prozent des gesamten Einkommens der Vereine und häufig noch mehr in Anspruch nähme. Was soll man zu einem solchen Gewalttätigen tun? Und das geschieht von einer Regierung und von einer Kammer, die in demselben Atemzuge, wo sie gegen die Verleumdungen in dieser unerschöpflichen in demselben Atemzuge begehrt alles aufzuheben, um das Genossenschaftswesen in der Landwirtschaft von Staats wegen zu unterstützen. (Hört! hört! links.)

Die ganze Erörterung war am weitesten der Reichsregierung höchst peinlich. Herr v. Richthofen zog sich daher mit einigen nicht-legenden Reichstägern in einem der Briefe mit dem Reichsminister legende und überließ die Betreibung der sächsischen Reichstäg-





